

Front gegen Ambulanzgebühr wird immer breiter - Schützen- Hilfe für Zahnambulatorien auch von VP- und FP-Seite

Linz (AKO) Dass die von der Regierung beschlossene Ambulanzgebühr auch das "Aus" für die Zahnambulatorien der Gebietskrankenkasse bedeuten würde, lässt mittlerweile selbst manche ihrer politischen Verfechter umdenken. Oberösterreichische FP- und VP-Politiker leisten den Ambulatorien Schützenhilfe.

"Mir geht es in erster Linie um die Patienten. Die dürfen keinen Nachteil haben. Deshalb bin ich der Meinung, dass der Besuch der Zahnambulatorien auch in Zukunft kostenlos sein muss", sagt etwa Arbeiterkammer-Vizepräsident Helmut Feilmair (ÖAAB).

In die gleiche Kerbe schlägt auch der Steyrer FP-Gemeinderat und Arbeiterkammerrat Hans Payrleithner. Ihm liegt ganz speziell die Werks-Zahnambulanz auf dem Gelände der ehemaligen Steyr-Werke am Herzen. Die Freiheitlichen Arbeitnehmervertreter, so Payrleithner, wollen jetzt die zuständigen Bundespolitiker um Unterstützung bitten.

Für Arbeiterkammer-Präsident Wipplinger sind diese Aussagen eine Bestätigung der bisher gefahrenen Linie: "Die Ambulanzgebühr in Höhe von bis zu 1000 Schilling pro Jahr ist ungerecht, unsozial und bringt unterm Strich fast gar nichts für unser Gesundheitssystem. Wenn die Zahnambulatorien der Gebietskrankenkasse schließen müssen, ist die medizinische Versorgung in unserem Land gefährdet. Deshalb muss die Ambulanzgebühr wieder abgeschafft werden - am besten noch vor ihrem Inkrafttreten zu Beginn nächsten Jahres!"

Rückfragehinweis: Arbeiterkammer Oberösterreich

Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: (0732) 6906-2182
presse@ak-ooe.at
<http://www.arbeiterkammer.com>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

151256 Sep 00

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000915_OTS0203